Bremer Vereinbarungen 2008 - 2010

- **zur Fortführung des Pakts für Ausbildung**
- **zur Steigerung der Ausbildungsleistung**
- **für Initiativen für besondere Zielgruppen des Ausbildungsmarktes**
- **zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung**
- **zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Altbewerbern**
- **zur Begleitung des demografischen Wandels**
- **zur Förderung der Arbeitsmarktintegration älterer Erwerbsloser**
- **zur Sicherung der Erwerbsbeteiligung älterer Beschäftigter**

in Bremen und Bremerhaven

Ausbildung, Weiterbildung, Teilhabe an Arbeit sind Grundlagen unseres Wohlstands. Talent, Fähigkeiten und Fertigkeiten und das, was wir daraus machen, werden entscheidend sein auf unserem Weg in die Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, auf Talente, Begabungen und Erfahrungen zu verzichten. Deshalb müssen alle jungen Menschen, die am Anfang des Berufslebens stehen, eine Perspektive erhalten.

Trotz erreichter Erfolge bei der Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und der Schaffung von Ausbildungsplätzen wird eine weitere Verbesserung auf dem Ausbildungsstellenmarkt angestrebt. Junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, finden diesen häufig erst nach mehreren Anläufen. Noch gibt es eine wachsende Zahl von sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerbern unter den Ausbildungswilligen, und eine hohe Zahl von Jugendlichen, die die Zeit bis zu einer regulären Ausbildung in schulischen oder von der Agentur für Arbeit geförderten Maßnahmen verbringen. Nach wie vor ist der Anteil von Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund an betrieblicher Ausbildung nur halb so groß wie bei Jugendlichen deutscher Herkunft. Der Anteil der Jugendlichen mit Haupt- bzw. Sekundarschulabschluss, die direkt eine betriebliche Berufsausbildung beginnen können, ist sehr gering.

Ältere Menschen mit ihren langjährigen Berufserfahrungen werden immer stärker gebraucht, wenn der Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung um das Jahr 2030 mehr als 40% betragen wird. Ihre langfristige Einbindung in das Wirtschaftsleben ist unverzichtbar. Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss der Zugang zu lebenslangem Lernen ermöglicht werden.

Die Partner des Regionalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven sowie die Partner im Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven haben in den letzten Jahren gemeinsame Aktionen zur Erreichung dieser Zielsetzung unternommen. Sie sind sich ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst und schließen deswegen für die Dauer von drei Jahren folgende Vereinbarungen:

Vereinbarungen zur Fortführung des Pakts für Ausbildung

Die Unterzeichner setzen sich für die Jahre 2008 bis 2010 das Ziel, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Vorrangiges Ziel ist die Einmündung in eine duale Ausbildung. Dabei sollen auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen eine Perspektive für den Einstieg in die berufliche Ausbildung erhalten.

Erste Verabredung: Steigerung der Ausbildungsleistung

- Der Anteil betrieblicher Ausbildungsplätze wird weiter erhöht werden; dadurch wird die Auswahl an Ausbildungsangeboten für die jungen Menschen größer. Um die Zahl der ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen, die sich in alternativen Qualifizierungsmaßnahmen befinden, kontinuierlich zu senken, sollen junge Menschen aus Bremen und Bremerhaven vorrangig in die duale Ausbildung bzw. alternativ in eine Einstiegsqualifizierung vermittelt werden.

- Die Partner setzen sich das Ziel, während der Dauer dieser Vereinbarung im Durchschnitt 205 neue Ausbildungsbetriebe pro Jahr einzuwerben.

- Die Wirtschaft setzt sich das Ziel, während der Dauer dieser Vereinbarung im Durchschnitt 510 neue Ausbildungsplätze pro Jahr bereitzustellen.

- Das Land, die Stadtgemeinde Bremen und der Magistrat Bremerhaven streben eine hohe Ausbildungsquote an. Diese bezieht sich auf den bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und beliehenen Gesellschaften.
  Zielzahl: Ausbildungsquote in Höhe von 7,5% pro Jahr.

- Die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven, die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales und die Arbeitsgemeinschaft Job-Center Bremerhaven werden sicherstellen, dass für benachteiligte Jugendliche eine ausreichende Anzahl an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung steht.
  Für das Jahr 2008 sind 365 Plätze, davon 40% für Bremerhaven, geplant. Es ist beabsichtigt, dies für 2009 und 2010 so fortzusetzen.

- Bei Bewerberinnen und Bewerbern, die auch nach den landesweiten Nachvermittlungsaktionen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, bietet die Wirtschaft als Brücke in die Berufsausbildung Plätze für eine betriebliche Einstiegsqualifizierung an. Bei Bedarf wird die betriebliche Einstiegsqualifizierung im Falle von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen durch eine sozialpädagogische Begleitung flankiert. Die Stadtgemeinden bieten begleitenden Berufsschulunterricht an, um die Anrechenbarkeit der betrieblichen Einstiegsqualifizierung auf eine Erstausbildung zu ermöglichen.
  Zielzahl 2008: mindestens 400 Plätze. Es ist beabsichtigt, dies für 2009 und 2010 so fortzusetzen.
  Zielzahl: Die Quote für einen direkten Übergang aus der Einstiegsqualifizierung in Ausbildung von zurzeit 56% soll gesteigert werden.

Zweite Verabredung: Initiativen für besondere Zielgruppen des Ausbildungsmarktes

- Die Unterzeichner stimmen darin überein, dass eine betriebliche Einbindung von Absolventinnen und Absolventen allgemein bildender Schulen mit Hauptschulabschluss (ab 2008/2009: Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler) möglichst frühzeitig ansetzen muss, um deren passgenaue Vermittlung zu erleichtern. Sie unterstützen den Ansatz, ausbildungswillige Jugendliche bereits während der Schulzeit auf ihre Berufswünsche und Neigungen anzusprechen und entsprechend ihrer Stärken und Interessen an die Bedarfe der Ausbildungsbetriebe heranzuführen. Dadurch können die Ausbildungsbetriebe die Jugendlichen frühzeitig kennen lernen und in Ausbildung bringen. Die Zusammenarbeit der Betriebe mit den Schulen und Berufsberatungen wird frühzeitig koordiniert und weiter verbessert.

  Die Wirtschaft erklärt ihre Bereitschaft, diese Jugendlichen auszubilden. Ziel ist eine Steigerung der Eingliederungsquote von Hauptschülerinnen und Hauptschüler (ab 2008/2009: Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler) in das duale System. Die für einen frühzeitigen Kontakt zwischen Jugendlichen und Betrieben nötigen Praktikantenplätze werden von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Zur Koordination der Kontakte zwischen Schulen und Wirtschaft zur Besetzung von Praktikantenplätzen soll ein gemeinsamer Vorschlag der Partner dieser Bremer Vereinbarungen entwickelt werden.
  Zielzahl: Im Rahmen der jetzigen Initiative „Perspektive Ausbildung" werden für Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen (ab 2008/2009: Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler) im Jahr 2008 45, im Jahr 2009 50 und im Jahr 2010 65 betriebliche Ausbildungsplätze eingeworben. Für diese Jugendlichen entfallen dadurch Maßnahmen des Übergangssystems. Bei erfolgreichem Projektverlauf werden Ausstattung und Zielzahl des Projekts kurzfristig erweitert.

- Die Chancen jugendlicher Migrantinnen und Migranten auf Ausbildung werden durch gesonderte Maßnahmen der Unterzeichner erhöht.
  Das Land verfolgt das Ziel, innerhalb der kommenden drei Jahre den Anteil der Migrantinnen und Migranten, die den mittleren Schulabschluss erreichen, kontinuierlich zu erhöhen. Dem Aspekt der berufsbezogenen Sprachförderung wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.
  Der Nationale Integrationsplan macht deutlich, dass es vielfältiger Ansatzpunkte bedarf. Den Unterzeichnern ist bewusst, dass kurzfristige Erfolge nicht zu erwarten sind. Jugendlichen Migrantinnen und Migranten soll ein besserer Zugang zur dualen Ausbildung eröffnet werden.
  Ziel: Der Anteil jugendlicher Migrantinnen und Migranten an der dualen Ausbildung soll gesteigert werden. Die bisherigen Fördermaßnahmen werden ausgewertet. Die Ergebnisse fließen in die Konzeption zukünftiger Förderprogramme ein.
  Die Unterzeichner machen es sich weiterhin zur Aufgabe, junge und migrantische Unternehmen für Ausbildung zu gewinnen.
  Ziel: Auswertung der bisherigen Förderungen.

- Der Anteil von behinderten und schwerbehinderten Menschen in der dualen Ausbildung soll erhöht werden. Das Integrationsamt wird gemeinsam mit den Berufsberatungen und zuständigen Kammern neue Eingliederungs- und Ausbildungsmodelle entwickeln. Die Quote der Beteiligung von behinderten und schwerbehinderten Menschen wird in den Förderprogrammen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen erhöht.

Dritte Verabredung: Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung

- Für die Vermittlung in Ausbildung kommt es entscheidend auf die allgemein bildenden Schulen und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in Ausbildung an: Der Unterricht an allgemein bildenden Schulen muss die Vermittlung von Ausbildungsreife, das sind insbesondere die Basiskenntnisse wie Rechnen, Schreiben, Lesen in Kombination mit grundlegenden kognitiven, sozialen und persönlichen Dispositionen, psychische und physische Belastbarkeit, gewährleisten. Die Berufsorientierung wird in allen Schularten als Querschnittsaufgabe gestärkt. Die Schülerinnen und Schüler müssen zu einer fundierten Berufsorientierung angehalten werden, indem im Unterricht der Bezug zur Arbeits- und Berufswelt hergestellt wird.
  Ziel: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sagt zu, die Konzepte und Strukturen der einzelnen Bildungsgänge dieser Zielsetzung entsprechend innerhalb von drei Jahren zu überprüfen und anzupassen.

- Zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern sagen die Agenturen für Arbeit zu, verstärkt die vertiefte Berufsorientierung, die frühzeitig schon in den Schulen zum Einsatz kommt, auszuweiten. Hierfür ist die Kofinanzierung Dritter von mindestens 50% erforderlich. Die Zielzahl für 2008 beträgt 750.
  Es ist beabsichtigt, dies für 2009 und 2010 so fortzusetzen.

- Die Berufsausbildungsvorbereitung der Jugendlichen wird durch eine engere Zusammenarbeit von Schule, Wirtschaft und Berufsberatung verbessert. Die Transparenz der Maßnahmen wird erhöht. In den Maßnahmen werden soweit wie möglich Qualifizierungsbausteine vermittelt. Dadurch sollen die erworbenen Kenntnisse grundsätzlich anrechenbar werden.
  Ziel: Die Landesregierung hat vereinbart, die Berufsausbildungsvorbereitung des Landes Bremen zu evaluieren. Im Anschluss daran werden präzise Zielsetzungen festgelegt.

- Die Unterzeichner stimmen weiter darin überein, dass die Entlastung der Unternehmen von Aufgaben des Ausbildungsmanagements wesentlich zur Schaffung dualer Ausbildungsplätze beiträgt. Dazu gehört die Vorauswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber, die Initiierung von Ausbildungspartnerschaften und die Erledigung damit verbundener Verwaltungsaufgaben. Hierbei werden Betriebe, die neu ausbilden, besonders berücksichtigt.
  Zielzahl: wird derzeit im Zuge des neuen Landesprogramms „Ausbildung mit Zukunft" in Abstimmung mit den Agenturen und ARGEN neu festgesetzt.

Vierte Verabredung: Förderung der Arbeitsmarktintegration von Altbewerbern

Zahl und Anteil der Ausbildungsplatzbewerberinnen und Ausbildungsplatzbewerber, die die Schule schon in Vorjahren verlassen haben, ist im Land Bremen mit fast 60% aller Bewerberinnen und Bewerber besonders hoch. Als Altbewerberinnen und Altbewerber werden Bewerberinnen und Bewerber bezeichnet, die ihre Schule vor dem aktuellen Ausbildungsjahr beendet haben. Dazu gehören auch Jugendliche, die zwischenzeitlich Zivil- oder Wehrdienst abgeleistet haben, genauso wie Jugendliche, die sich bereits vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben.
Altbewerberinnen und Altbewerber haben im Vergleich zu den sonstigen Bewerberinnen und Bewerber häufig schlechtere Eingliederungschancen. Die Unterzeichner unternehmen besondere Anstrengungen für diese Zielgruppe, um ihre Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt und die Aussicht auf einen beruflichen Abschluss zu erhöhen.
Ziel: Die künftigen regionalen Aktivitäten werden mit aktuellen und neuen Bundesprogrammen abgestimmt. Die Planungsprozesse haben auf allen Ebenen erst begonnen. Zielvereinbarungen werden zum Frühjahr 2008 getroffen.

Fünfte Verabredung: Durchführung von gemeinsamen Nachvermittlungsaktionen

Die Agenturen für Arbeit, die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, die ARGE Job-Center Bremerhaven und die Kammern führen jährlich in Bremen und Bremerhaven eine gemeinsame Nachvermittlungsaktion durch. Ziel dieser gemeinsamen Aktion ist die Vermittlung von zu diesem Zeitpunkt noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern sowie die Unterbreitung von Qualifizierungsangeboten für diesen Personenkreis.

Sechste Verabredung: Transparenz des Ausbildungsstellenmarktes

Um eine transparentere Abbildung des Ausbildungsstellenmarktes im Land Bremen zu erreichen, werden möglichst alle eingeworbenen Ausbildungsstellen sowie die betrieblichen Angebote zur Einstiegsqualifizierung den Agenturen für Arbeit mitgeteilt.

Vereinbarungen zur Begleitung des demografischen Wandels

Die Unterzeichner stimmen darin überein, dass durch die Wiedereingliederung arbeitloser Älterer in den ersten Arbeitsmarkt sowie durch die Sicherung der Weiterbeschäftigung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen wesentliche Beiträge zur Vermeidung von Altersarmut, zur Entlastung der Sozialsysteme und zur Bewältigung des Fachkräftemangels im Zuge der demografischen Entwicklung geleistet werden können. Sie treffen daher folgende Verabredungen:

Siebte Verabredung: Förderung der Arbeitsmarktintegration älterer Erwerbsloser

Die Wirtschaft sagt zu, sich um eine stärkere Wiedereingliederung älterer Erwerbsloser zu bemühen. Sie wird sich unter anderem in Kooperation mit dem Landesprogramm 55 plus und den Fördermöglichkeiten aus dem Bundesprojekt Chance 50 plus um die betriebliche Reintegration von Menschen über 50 in reguläre Beschäftigung bemühen.

Das Land Bremen sowie die Arbeitsagenturen und ARGEN streben an, ihre Fördermöglichkeiten zur Wiedereingliederung Älterer bestmöglichst auszuschöpfen und diese Personengruppe verstärkt an Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Lohnkostenzuschüssen, Weiterbildungsangeboten etc. teilhaben zu lassen. Das Land Bremen wird seinerseits im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms Fördermittel aus dem Landesprogramm 55 plus bereit stellen, um jährlich 80 über 55-Jährige nachhaltig in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Es sagt ferner zu, im Rahmen der Bremer Fachkräfteinitiative in den nächsten drei Jahren ca. 1.000 arbeitslose Ältere an ESF-geförderten Qualifizierungsprojekten teilhaben zu lassen.

Alle Arbeitsmarktakteure im Land sagen zu, sich um eine abgestimmte Förderung zu bemühen, die den Zugang von Arbeitlosen und Betrieben zu den Fördermöglichkeiten unterstützt.

Achte Verabredung: Sicherung der Erwerbsbeteiligung älterer Beschäftigter

Die Wirtschaft wird verstärkt neue Wege beschreiten, um den Verbleib von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen bis zum regulären Rentenalter zu unterstützen. Sie anerkennt, dass dabei der Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie der Weiterbildungsbeteiligung Älterer besondere Bedeutung zukommt und wird sich an Modellvorhaben beteiligen, die einem vorzeitigen Ausscheiden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Erwerbsprozess entgegenwirken.

Das Land Bremen sowie die Agenturen und ARGEN werden im Rahmen ihrer Fördermöglichkeiten geeignete Aktivitäten und Projekte zur Sicherung der Erwerbsbeteiligung beschäftigter Älterer fördern. Die Unterzeichner setzen ihre Anstrengungen fort, um insbesondere auf dem Feld der Weiterbildung älterer Beschäftigter einen Beitrag zu leisten und der Ausgliederung Älterer aus dem Erwerbsprozess vorzubeugen. Die unterschiedlichen Arbeitsmarktakteure werden sich auch hier um ein abgestimmtes und transparentes Vorgehen bemühen.

Der Konzern Bremen wird eine verstärkte Förderung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für seine Beschäftigten unter Berücksichtigung von Älteren anstreben. Er wird sich an Pilotvorhaben beteiligen, die auch im Austausch mit der regionalen Wirtschaft dazu beitragen, den Erfahrungsschatz älterer Beschäftigter zu sichern und ihnen neue Kompetenzen zugänglich zu machen.

Überprüfung

Die in dieser Vereinbarung festgelegten Ziele werden jährlich überprüft. Es wird angestrebt, neue Entwicklungen anzustoßen. Konkurrierende Finanzierungen zwischen den Mittelgebern sollen vermieden und die finanzielle Beteiligung der Wirtschaft an den Maßnahmen gegebenenfalls ausgebaut werden. Die in die Maßnahmen fließenden Zuschüsse werden von den Mittelgebern in Hinblick auf Effekte und finanzielle Auswirkungen zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen und Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Betriebe überprüft. Die Unterzeichner stimmen darin überein, alle vorstehenden Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und zum Abbau von Bürokratie zu bündeln.

Ärztekammer Bremen

Agentur für Arbeit Bremen

Agentur für Arbeit Bremerhaven

Apothekerkammer Bremen

Arbeitgeberverband Bremerhaven

Arbeitgeberverband Handwerk Bremen e.V.

Arbeitnehmerkammer Bremen

ARGE Job-Center-Bremerhaven

Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAgIS)

Bremer Notarkammer

Deutscher Gewerkschaftsbund Land Bremen

Gartenbaufachkammer Bremen

Handelskammer Bremen

Handwerkskammer Bremen

Hanseatische Rechtsanwaltskammer Bremen

Hanseatische Steuerberaterkammer Bremen

IG Bauen-Agrar-Umwelt Bezirksverband Land Bremen und Umzu

IG Metall Bremen

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Kreishandwerkerschaft Bremen

Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde

Landwirtschaftskammer Bremen

Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

i.V.

Senatorin für Finanzen

Tierärztekammer Bremen

Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Zahnärztekammer Bremen

Bremen, 26. März 2008